

# Wahlprüfsteine der Initiative Grundeinkommen Oldenburg zur Kommunalwahl 2016

## bedingungsloses GRUNDEINKOMMEN OLDENBURG

www.grundeinkommen-oldenburg.de

SPD, Grüne, Linke, FW-BFO und WFO haben unsere Wahlprüfsteine **nicht beantwortet!**

### Vergleich der Positionen



Die Stadt Oldenburg soll ein <b>Grundeinkommen-Experiment</b> durchführen.	x	x	✓	✓
Das Grundeinkommen-Experiment wird Bestandteil der <b>Smart-City-Strategie</b> der Stadt Oldenburg.	x	x	✓	✓
Zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und Förderung des Klimaschutzes führt Oldenburg den <b>fahrscheinlosen ÖPNV</b> ein.	x	-	✓	-
In der Oldenburger Innenstadt soll kostenloses und zeitlich unbegrenztes <b>W-LAN</b> eingerichtet werden.	✓	✓	✓	✓
Jede/r Oldenburger_in erhält eine <b>KulturCard</b> im Wert von 50 Euro im Jahr. Diese berechtigt zum Besuch der städtischen Kultureinrichtungen, inkl. des Oldenburgischen Staatstheaters.	-	x	✓	-

### Legende

stimme zu ✓    stimme nicht zu x    neutral -

### Begründungen der Parteien

Die Stadt Oldenburg soll ein **Grundeinkommen-Experiment** durchführen.

#### CDU

x

Die soziale Marktwirtschaft ist für die CDU Maßstab ihres wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Handelns. Wir glauben an die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, welche es ermöglichen, für sich selbst zu sorgen. Wem dies unverschuldet und trotz größter Bemühungen nicht möglich ist, beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen, hat die solidarische Unterstützung der Gesellschaft verdient. Das Wichtigste ist jedoch, dass der eigene Antrieb, seinen Lebensunterhalt mit eigenen Anstrengungen bestreiten zu wollen, nicht nachlässt. Wir glauben, dass dieser Antrieb durch ein bedingungsloses Grundeinkommen gedämpft werden könnte.

#### FDP

x

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist für eine Kommune schlicht nicht finanzierbar. Die nötigen Mittel (und die notwendige Entscheidungsgewalt) sind ausschließlich auf Bundesebene verfügbar. Ein Grundeinkommen auf kommunaler Ebene ist zwar ein charmantes Gedankenexperiment, und es sprechen viele gute Argumente dafür, es ist aber als städtischer Alleingang nicht umsetzbar.

#### Piraten



Zu dieser These hat die Partei keine Begründung vorgelegt.

#### Alfa



ALFA hält die Idee eines Grundeinkommens für zukunftsweisend und hat das Konzept im Februar 2016 im ALFA-Bundesprogramm fest verankert. Mit einem Experiment kann Oldenburg beim Grundeinkommen eine Vorreiterrolle einnehmen. Es würde Aufsehen erregen und könnte den von vielen vorgebrachten Einwand, wenn jedermann ein Grundeinkommen zur Verfügung hätte, würde niemand mehr arbeiten, entkräften. Konkret schlägt ALFA vor, dass Pilotprojekt nach dem im ALFA-Bundesprogramm beschlossenen Modell eines mit zunehmendem Einkommen abnehmenden Grundeinkommens zu gestalten. Das ALFA-Modell sieht vor, dass von dem vollen Grundeinkommen von z.B. 1.000 Euro 60% des eigenen Erwerbseinkommens abgezogen wird. Bei 500 Euro eigenen Verdienstes verbleiben dann noch 700 Euro Grundeinkommen zusätzlich, ab 1.666 Euro eigenen Einkommens gibt es kein Grundeinkommen mehr.

Das Grundeinkommen-Experiment wird Bestandteil der **Smart-City-Strategie** der Stadt Oldenburg.

#### CDU



Die soziale Marktwirtschaft ist für die CDU Maßstab ihres wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Handelns. Wir glauben an die Mündigkeit und Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, welche es ermöglichen, für sich selbst zu sorgen. Wem dies unverschuldet und trotz größter Bemühungen nicht möglich ist, beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen, hat die solidarische Unterstützung der Gesellschaft verdient. Das Wichtigste ist jedoch, dass der eigene Antrieb, seinen Lebensunterhalt mit eigenen Anstrengungen bestreiten zu wollen, nicht nachlässt. Wir glauben, dass dieser Antrieb durch ein bedingungsloses Grundeinkommen gedämpft werden könnte.

#### FDP



Die Freien Demokraten haben mit dem Bürgergeld schon vor einiger Zeit einen Vorschlag gemacht, der in die gleiche Richtung geht wie das Grundeinkommen und der sich viele Argumente damit teilt. Hauptsächlich unterscheidet es sich vom Grundeinkommen darin, dass es nur bei Bedürftigkeit und Arbeitswilligkeit oder Arbeitsunfähigkeit ausgezahlt werden soll. Die FDP setzt sich als Oppositionspartei im niedersächsischen Landtag für diese Idee ein. Aber auch dieser Vorschlag ist auf Ebene der Kommunen nicht durchsetzungsfähig.

#### Piraten



"... die Aufgabe des Staatswesens ist dafür Sorge zu tragen, dass jede Art von Arbeit gewürdigt wird. Jeder Mensch soll nach seinen Neigungen und Fähigkeiten tätig sein können und dürfen. Diese Idee einer neuen, fairen und tatsächlich sozialen Gesellschaft wollen wir durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens erreichen"

[http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Recht\\_auf\\_sichere\\_Existenz\\_und\\_gesellschaftliche\\_Teilhabe](http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Recht_auf_sichere_Existenz_und_gesellschaftliche_Teilhabe)

Alfa



Ein Grundeinkommens-Experiment passt zu einer Smart-City Strategie. Wichtig ist, dass ein Grundeinkommen mit Zustimmung aller Parteien - das wäre besonders smart - in Oldenburg eingeführt wird. Oldenburg könnte sich damit zu seinen Titeln "Stadt der Wissenschaft" und "Übermorgenstadt" den Titel "Stadt des Grundeinkommens" erwerben. Dazu ist es aber wichtig, dass es in Oldenburg schnell vorangeht, damit wir nicht von einer anderen deutschen Stadt überholt werden. Utrecht und Lausanne und inzwischen ganz Finnland experimentieren bereits mit dem Grundeinkommen, in Groningen ist die Diskussion darüber schon weit fortgeschritten. Die Finanzierung des Experiments sollte den städtischen Haushalt nicht belasten.

Zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und Förderung des Klimaschutzes führt Oldenburg den **fahrscheinlosen ÖPNV** ein.

CDU



Das Bus- und Bahnangebot ist auf Basis einer Verkehrsanalyse bedarfsorientiert für die Bürgerinnen und Bürger auszubauen und weiterzuentwickeln, auch in die Umlandgemeinden hinein. Zusätzlich fordern wir die Einrichtung von kostenfreiem WLAN in den Bussen der VWG. Es braucht sich jedoch niemand etwas vorzumachen: Das alles muss gegenfinanziert werden, die öffentlichen Mittel reichen dafür nicht aus. Eine Kostenbeteiligung der Fahrgäste wird erhalten bleiben müssen.

FDP



Ein kostenloser ÖPNV könnte einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und zur Verringerung der Schadstoffbelastung in der Stadt leisten. Allerdings bedarf es eines Bündels von Maßnahmen, um das Problem der Stickoxide in der Innenstadt in den Griff zu bekommen. Den Vorschlag begrüßen wir ausdrücklich, stellen ihn jedoch unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit.

Piraten



Zu dieser These hat die Partei keine Begründung vorgelegt.

Alfa



ALFA befindet sich zu diesem Punkt noch in einem Diskussionsprozess und hat zu dieser Frage noch keinen Beschluss gefasst. Ein kostenloser ÖPNV würde sicherlich zu einer verstärkten Nutzung führen, und die Kosten für die Abwicklung des Fahrkartensverkaufs könnten eingespart werden. Auf der anderen Seite ist das Signal wichtig, dass ein hochwertiges ÖPNV-Angebot auch seinen Preis hat. Warum sollten zahlungskräftige Nutzer des ÖPNV nicht unmittelbar an den Kosten beteiligt werden? Schließlich würde die Kostenfreiheit nicht nur zu einem vermehrten Umstieg vom Auto, sondern auch vom Fuß- und Radverkehr auf den ÖPNV führen.

In der Oldenburger Innenstadt soll kostenloses und zeitlich unbegrenztes **W-LAN** eingerichtet werden.

## CDU



Wir fordern die kostenfreie Verfügbarkeit von WLAN-Netzen in der Innenstadt, in städtischen Einrichtungen und den Bussen der VWG. Wir sehen dies als einen hervorragenden Service für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und für die Vielzahl der Gäste, die die Oldenburger Innenstadt als Ort des Einkaufens und Verweilens schätzen.

## FDP



Der Vorschlag zur Einführung eines kostenlosen WLAN-Anschlusses hat unser Stadtrat Hans Richard Schwarz in die hiesige Politik eingebracht und soll nun in Teilen umgesetzt werden. Darüber hinaus begrüßen wir alle weiteren Initiativen sowohl von Bürgergruppen als auch von Seiten der Wirtschaft ein kostenloses, flächendeckende WLAN zeitnah einzuführen. Ein kostenloses WLAN ist nicht nur ein sinnvolles Angebot für alle Oldenburger, sondern erhöht auch die Attraktivität der Innenstadt über die Stadtgrenzen hinaus.

## Piraten



"Verwaltung und Politik müssen endlich auch in der Hinsicht ihrer Transparenz gegenüber dem Bürger ihren Dienstleistungscharakter anerkennen und sich grundlegend darauf ausrichten, einen Informationszugang für die Bürger effizient, komfortabel und mit niedrigen Kosten zu ermöglichen"  
[http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Transparenz\\_des\\_Staatswesens](http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm#Transparenz_des_Staatswesens)

## Alfa



ALFA fordert in seinem 11-Punkte-Kommunalprogramm für Oldenburg die Bereitstellung von kostenlosen schnellen öffentlichen Internetzugängen im gesamten Stadtgebiet, damit alle Bürger überall Zugang zum Internet erhalten. Mittel sind effizient einzusetzen. ALFA unterstützt die Zusammenarbeit mit privaten Initiativen wie z.B. Freifunk Nordwest e.V.

Jede/r Oldenburger\_in erhält eine **KulturCard** im Wert von 50 Euro im Jahr. Diese berechtigt zum Besuch der städtischen Kultureinrichtungen, inkl. des Oldenburgischen Staatstheaters.

## CDU



Grundsätzlich unterstützen wird die Einführung eines Kulturtickets für Jugendliche, Studierende und einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger. Die CDU setzt sich ebenso für eine soziale Preisgestaltung in den Oldenburger Kultureinrichtungen ein, um Bürgerinnen und Bürgern mit geringem Einkommen Teilhabe am Kulturangebot zu ermöglichen. Eine Kulturcard für alle Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab, da der Kulturbetrieb heute schon sehr stark subventioniert wird.

## FDP



Die Freien Demokraten sind stattdessen für einen generell freien Eintritt in die städtischen Museen. Das Oldenburgische Staatstheater wird bereits zu 2/3 aus öffentlichen Geldern finanziert, eine weitere Bezuschussung halten wir für wenig sinnvoll und aufgrund der guten Besucherzahlen auch nicht für nötig.

## Piraten



Zu dieser These hat die Partei keine Begründung vorgelegt.

**Alfa**

ALFA stimmt der Idee einer KulturCard im Grundsatz zu. Die KulturCard senkt die Schwelle für den Besuch kultureller Einrichtungen und sollte deshalb gerade auch an Kinder und Jugendliche ausgegeben werden. Direkte Subventionen für kulturelle Einrichtungen sinken, die Inhaber der KulturCard entscheiden selbst darüber, welche kulturelle Einrichtungen Einnahmen aus der KulturCard erhalten. Dadurch wird der Wettbewerb zwischen den Kultureinrichtungen stimuliert. Viele Fragen müssen aber noch geklärt werden. Bei 160 000 Einwohnern würde einer KulturCard von 50 Euro acht Millionen Euro kosten. Welche direkten Subventionen könnten dagegen eingespart werden? Die KulturCard würde zu erheblichen Einnahmeausfällen bei denjenigen führen, die aktuell Eintritt zahlen. Warum sollen zahlungskräftige Nutzer kultureller Einrichtungen kostenlosen Eintritt erhalten?

